

16 SEP 1963
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

V/VIII/175

Bonn, den 16. September 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Wöllig unvorbereitet	36
	Eine Aufgabe für die kommende Regierung Erhard	
1	Einer zog den anderen nach	10
	Immer wieder: "Qualifizierte Fachleute"	
2 - 3	Unzulängliche Polizeiausrüstung in Schleswig-Holstein	20
	Oppositionsführer Wilhelm Käber: "Kraftfahrzeuge sind Antriebs- Nachrichtensmittel praktisch ohne Verwendungsbart"	
	Interview mit Wilhelm Käber, Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion	
4	Abdruck der Mieter	40
	Bis 55 Prozent des Einkommens für Miete	
5 - 6	"Grundsätze einer zeitgemäßen Sozialpolitik"	90
	Das Sozialpaket - familienfeindlich, unabgegoren nicht durchdacht	
	Von Fritz Büttner, NGB	

Chefredakteur Günter Markscheffel

Völlig unvorbereitet

Eine Aufgabe für die kommende Regierung Erhard

SP - Koch kann niemand voraussagen, ob es gelingen wird, die Bemühungen um die Abrüstung aus der Phase des Deklamatorischen in einen Bereich konkreter Verträge hinüberzuleiten. Dem ersten Schritt muß nicht immer ein zweiter folgen. Der Verlauf der bisherigen Verhandlungen in Genf - deren Protokolle enthalten Millionen von Wörtern - be-rechtigt zu einiger Skepsis. Die USA und die Sowjetunion stehen jedoch unter einem wachsenden Druck der Weltmeinung, dem sie sich nicht entziehen können. Die nächsten Monate dürften gesteigerte Versuche bringen, zu einem neuen Anlauf zu gelangen. Das nächste Thema auf der welt-politischen Tagesordnung ist der Austausch von Inspektoren zur Verhinderung von Überraschungsangriffen - ein explosives Thema, das es in sich hat.

Amerikaner und Briten können sich bei den künftigen Gesprächen mit den Russen auf gründliche und umfassende Analysen stützen. Der Washingtoner Rat für Abrüstung hat den gleichen Rang wie das Verteidigungsministerium, in Großbritannien besteht seit langen ein Amt für strategische Studien, das sich mit dem gleichen Komplex befaßt. Der achte Kongreß der Sozialistischen Internationale hat die Vereinten Nationen ersucht, für die Probleme einer gleichwertigen und gleichwertigen Abrüstung eine aus besten Kräften bestehende Studiengruppe zu bilden, die brauchbare Unterlagen erarbeiten soll. Die Bundesrepublik hat leider nichts Ähnliches aufzuweisen. Hier ist Fehlleistung zu vermeiden. Sozialdemokratische Anregungen auf diesem Gebiet finden bei Regierung und Regierungsparteien kein Gehör. Wir sind psychologisch mit einer möglichen Entwicklung zugunsten der Abrüstung nicht vorbereitet und die Zeit scheint zu verrinnen, in der sich die Zuflucht zu stereotypen Formeln als bequemer Ausweg anbot. Wird wenigstens die kommende Regierung lang Versäumtes aufholen?

+ *

Einer zog den anderen nach

sp - In H e i n z , der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz, kann man jetzt das Grasen. Am vergangenen Wochenende wurden in Bad Wiggelshausen und Frankenthal die Kriminalbeamten Otto S c h e l l und Georg K r o u t w u r e t verhaftet, weil sie in den Jahren 1941 bis 1943 als frühere Polizeioffiziere an Massenerschießungen von Juden und Russen in Binsch beteiligt gewesen sein sollen. Bei näherer Überprüfung der Personalakten habe sich herausgestellt - so wird in Mainz behauptet - daß der kürzlich in Koblenz zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte obere Polizeihof von Rheinland-Pfalz, Georg H e u s e r , systematisch frühere Freunde aus der SD, der Gestapo und dem Besatzungspolizeiapparat in Polen nach Rheinland-Pfalz "nachgezogen" hat. Mit den generellen Verhaftungen scheint sich dieser Kreis so langsam zu schließen. Die-malige Check wurden eingewaschen, kletterten die Stufenleiter der Bundesbahn auf dem demokratischen Staates behende als "qualifizierte Fachleute" empor und zogen dann "alte Kameraden" nach. Es ist kaum anzunehmen, daß wir diese schleichende Fest besetzenden können, solange sich der Gesetzgeber nicht dazu entschließt, klare Verhältnisse zu schaffen. Sonst muß die Demokratie noch im Jahre 1975 Prozesse gegen Personen mit "unbeachteter Vergangenheit" führen.

+ - +

Inzulängliche Polizeiausrüstung in Schleswig-Holstein?

Oppositionsführer Wilhelm Käber: "Kraftfahrzeuge sind Attrappen
Nachrichtennittel praktisch ohne Verwendungswert"

Interview mit dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion
Wilhelm Käber

* Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages Schleswig Hol *
* stein hat Ende August dieses Jahres die Einsetzung eines Un- *
* tersuchungsausschusses zur Aufklärung der Situation im Poli- *
* zeiwesen gefordert. Der Ausschuss soll prüfen, ob die techni- *
* sche Ausrüstung der Polizei den Erfordernissen von heute ent- *
* spricht. Ferner soll festgestellt werden, ob die räumliche *
* Unterbringung und die arbeitstechnische Ausstattung der ein- *
* zelnen Dienststellen ausreichend ist und ob die sozialen *
* Maßnahmen für die Beamten der Polizei und für ihre Angehörigen *
* der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, also der Landesregierung, *
* entsprechen. Auch soll die Frage geprüft werden, ob der orga- *
* nisatorische Aufbau der Polizei in Schleswig Holstein eine *
* reibungslose Durchführung der Polizeiaufgaben gewährleistet *
* und ob die maßgeblichen Entscheidungen, insbesondere in per- *
* soneller Hinsicht, in sachkundigen Räten liegen. Der SOZIAL- *
* DEMOKRATISCHE PRESSEDIENST ist in einem Gespräch mit dem In- *
* itiator des Antrages, dem Abgeordneten Wilhelm Käber, dem in *
* mittelbarem Anlaß der sozialdemokratischen Initiative im Land- *
* tag von Schleswig-Holstein nachgegangen. - Die Redaktion *
* * * * *

Frage: Herr Käber, Sie haben sicher inzwischen festgestellt, welches Echo dieser Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein in der deutschen Öffentlichkeit gefunden hat. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns einmal über die bereits bekannte Begründung hinaus sagen würden, was Sie zu diesem Antrag veranlaßt hat.

Antwort: Die Polizei ist Sache des Landes, deshalb trägt der Landtag die Verantwortung für die Polizei. Wir Sozialdemokraten sind zur Zeit nicht in der Regierung, aber wir haben seit Jahren Sorge um die Frage, ob die Polizei des Landes überhaupt in der Lage ist, Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Deshalb haben wir ständig, vorzugsweise in den Enkthberatungen, eine Aufklärung darüber verlangt.

Frage: Haben Sie in letzter Zeit einen besonders aktuellen Anlaß gehabt, der Sie zu diesem Antrag veranlaßt hat?

Antwort: Die sozialdemokratischen Bemühungen, auf dem sonst üblichen Wege Klarheit zu schaffen, führten zu keinem Ergebnis. Als jetzt der Vorsitzende des innenpolitischen Ausschusses, der zugleich parlamentarischer Vertreter des Innenministers ist, also ein CDU-Abgeordneter, nicht in seiner Eigenschaft als Ausschußvorsitzender, sondern als Angehöriger seiner Fraktion, Informationen aus erster Hand einholte und dabei bestätigt fand, was wir ständig vorgetragen haben, waren wir der Meinung, daß der Landtag jetzt in Wege der parlamentarischen Untersuchung den Dingen auf den Grund gehen sollte.

Frage: Damit ist aber noch nicht die Frage von vorn beantwortet, um welche Dinge es sich präzise handelt.

Antwort: Die Polizei ist nach unserer Auffassung weder in technischer, noch in organisatorischer, noch in personeller Hinsicht zur Erfüllung ihrer Aufgabe in der Lage.

- * Die technische Ausstattung ist mangelhaft, unzulänglich und veraltet. Das gilt vorzugsweise für die Kraftfahrzeuge, ebenso aber auch für die Nachrichtennetze. Wir wissen durch zuverlässige Informationen, das heißt von der Polizei selbst, daß ein Teil der Kraftfahrzeuge Attrappen sind, daß die Nachrichtennetze praktisch keinen Verwendungswert mehr besitzen.

Hinzu kommt, daß die Unterbringung der Polizei-Dienststellen oder auch der Polizeibeamten, völlig unzulänglich ist. Man kann in manchen Fällen von skandalösen Zuständen sprechen. Das alles berührt natürlich die Leistungsfähigkeit der Polizei.

Frage: Können Sie uns heute schon sagen, welchen Eindruck dieser Antrag auf die Regierungsparteien in Schleswig-Holstein oder auf die Regierung selbst gemacht hat?

Antwort: Er hat in Grunde genommen niemanden überrascht, denn darüber war man sich im klaren, daß jetzt irgendetwas geschahen müßte. Man hat versucht, uns von der parlamentarischen Untersuchung abzubringen und auf den sonst vielleicht üblicheren Weg der Behandlung in den zuständigen Ausschüssen des Landtages zu verweisen. Das werden wir nicht tun. Wir werden auf der parlamentarischen Untersuchung bestehen, weil wir der Meinung sind, daß nur auf diese Weise durch die Anhörung, Vernehmung, und wenn es sein muß auch durch die Vernehmung von Zeugen, die letzte Klarheit in die Zusammenhänge und in die Tatsachen gebracht werden kann. Verantwortliche Polizeibeamte des Landes sind des Öfteren, nicht nur bei mir, sondern auch selbstverständlich beim Ministerpräsidenten und Innenminister vorstellig geworden. Sie haben darauf hingewiesen, daß beispielsweise in einer sehr großen Stadt des Landes Schleswig-Holstein zeitweilig während der Nacht nur sieben bis acht Beamte Dienst tun. Sie außerdem völlig unzulänglich ausgerüstet sind. Es entstand daher die Frage, wer es denn noch verantworten will, was sich daraus ergibt.

Ich möchte betonen, daß ich diese Verhältnisse entscheidend darauf zurückführe, daß sich die Polizei des Landes Schleswig-Holstein nicht in sachkundigen Händen befindet. Das gilt sowohl für das Ministerium als auch für einen Teil der Führungskräfte in der Polizei selbst. Es handelt sich dabei um Personen, die alles andere vielleicht besser machen könnten, denen aber die ganze Art, die besondere Eignung, die spezielle Ausbildung und vor allem die Erfahrung in polizeilichen Dingen fehlt. Es sind Leute, um das auf einen kurzen Beleg zu bringen, die sich in Einsatz, in der Führung von Polizei-Bataillonen des letzten Krieges möglicherweise besondere Meriten erworben haben, die aber keinerlei Befähigung oder Eignung und Erfahrung für die Polizei besitzen.

Alpdruck der Mieter

Bis 35 Prozent des Einkommens für Miete

W.R.-Der freie Wohnungsmarkt wird in der letzten Zeit immer mehr zu einer Alpdruck für die Mieter, die nicht auf den sozialen Wohnungsbau zurückgreifen können. Die Wohnraummieter im frei finanzierten Wohnungsbau haben ihnen erreicht, die selbst für höhere Einkommensschichten als nicht mehr tragbar erscheinen. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei den Laden- und Geschäftsräummieter, die als erste aus der Bewirtschaftung herausgenommen wurden.

Mit der Auflockerung bzw. dem Fallen der Mietpreisschranken bei den Altbauwohnungen wird für viele Bewohner in der Bundesrepublik die geforderte Miete zu einem Faktor, der die Lebenshaltung immer mehr belastet. Die Skala der Forderungen der Vermieter reicht gegenwärtig für frei finanzierte Wohnungen von 3,50 pro qm bei Neubauten in nicht bevorzugten Wohngebieten bis fünf bzw. 6,50 DM für ausgestattete Wohnungen und bevorzugte Wohnlagen der größeren Städte.

Dabei spielt nicht einmal die Mühe der in Zentrum der Großstädte angebotenen Wohnungen eine ausschlaggebende Rolle, sondern der Radius um die Citys, hat sich oft auf 30 bis 40 Kilometer ausgezehrt. Mehr als der Kot als Bereitwilligkeit der Wohnungsuchenden werden die Mietpreissforderungen der Hausbesitzer akzeptiert.

Erst ab einem Quadratmeterpreis von über 6,50 DM begegnet man größerer Zurückhaltung gegenüber den Vermietern. Bei denen, die solche hohen Mieten zahlen, handelt es sich meist um Betriebe, die für ihre Mitarbeiter in den meisten Fällen sind es für das Unternehmen wichtige Arbeitskräfte in Schlüsselpositionen -, eine Wohnung suchen, und wohl oder übel in den sauren Apfel beißen müssen.

Eine Drei- bis Vierzimmerwohnung stellt sich am frei finanzierten Wohnungsmarkt auf mindestens 220 bis 400 DM Monatsmiete bei normalen zeitlichen Wohnansprüchen. Das bedeutet im Durchschnitt in einem Haushalt von vier Personen einen Anteil von 30 bis 35 Prozent des Monatsnettoeinkommens. Im sozialen Wohnungsbau wird ein Anteil von 15 Prozent des Monatsverdienstes als Mietausgabe anständig für angemessen gehalten. Außerdem versuchen die Hausbesitzer in letzter Zeit immer öfter nur noch kurzfristige Mietverträge abzuschließen, die in der Mehrzahl nicht über einen Zeitraum von fünf bis sechs Jahren hinausgehen. Oft wird probiert, nur einen sogenannten Einheitsmietvertrag vom künftigen Mieter mit jährlicher Kündigung unterzeichnen zu lassen, um die Miete schneller erhöhen zu können.

Andererseits haben sich aber auch im sozialen Wohnungsbau die Mieten nicht unbedeutend, infolge der gestiegenen Wohnungsbaukosten, erhöht. Einen Satz von 1,20 pro qm Wohnraum gibt es heute kaum mehr. Meist liegt er gegenwärtig zwischen 1,50 bis 1,75 DM und wird sich bei den in diesem Jahr fertigverordender Sozialwohnungen auf 2 bis 2,50 DM erhöhen. Das heißt, daß eben der Inhaber einer Sozialwohnung von rund 50 qm für Miete monatlich zwischen 100 bis 125 DM ausgeben muß. Im Vergleich zum frei finanzierten Wohnungsbau öffnet sich also die Preisschere immer mehr.

Bei den Laden- und Geschäftsräummieter müssen die Inhaber von Verkaufsläden in der City und den angrenzenden belebten Geschäftsstraßen jeder Monat angstvoll auf die Kostenseite ihres Hauptbuches blicken, ob der Umsatz in einem tragbaren Verhältnis, insbesondere zur Ladenmiete steht, um noch mehr oder minder große Rendite zu erwirtschaften.

"Grundsätze einer zeitgemäßen Sozialpolitik"

Von Fritz Büttner, MdB

Der Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Dr. Wilhelm Claussen, hat zu obigem Thema ein Schriftchen herausgegeben, das wohl dem Zwecke dienen soll, die Konzeption seines unstrittigen Ministers zum Soziapakets zu rechtfertigen. Wir lesen auf der ersten Seite unter der Überschrift "Kein Grund zur Unzufriedenheit" folgende bemerkenswerte Sätze:

- * "Wer aufgeschlossen und unbefangen die öffentliche Erörterung sozialer Fragen in unserer Zeit beobachtet, wird die merkwürdige Feststellung machen, daß zwischen den gesprochenen und mehr noch den schriftlichen Äußerungen und der Wirklichkeit unseres Lebens ein widersprüchlicher Unterschied besteht. Nach diesen offiziellen Reden - auch denen, die im Bundestag gehalten wurden - scheint niemand zufrieden zu sein, hat keiner einen gerechten Anteil am Soziapakets, steht eine Fülle von Forderungen noch offen die so schnell wie möglich durch gesetzliche Maßnahmen zu befriedigen wären, ist es insgesamt jämmerlich um die sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik bestellt. Das jedermann erkennbare Bild von dem Lebensschnitt unserer Bevölkerung sieht dagegen ganz anders aus. Es lebt sich offenbar sehr gut in der Bundesrepublik! Die Statistik weist aus, daß wir 25 Milliarden DM für Genussmittel ausgeben, die unmöglich nur einige wenige Begüterte verzehren, sondern die den gehobenen Verbrauch der breiten Schichten unserer Bevölkerung widerspiegeln. Die Verbrauchsausgaben der Arbeitnehmerhaushalte haben sich von 1950 bis heute um 160 Prozent erhöht. Das läßt nicht nur erkennen, daß die nominalen Einkommen gestiegen sind. Die Verbrauchsausgaben haben sich real innerhalb von 10 Jahren bei uns mehr als verdoppelt.
- * Interessanter noch ist, daß diese Haushalte keine Haushalte armer Leute sind; denn der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel beträgt nur ein gutes Drittel der Gesamtausgaben. Wir haben in der Bundesrepublik - verglichen mit anderen europäischen Ländern - die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, die meisten bezahlten Feiertage und den längsten Urlaub, ein Zustand also, der wir 1945 nicht einmal zu träumen gewagt hätten."

Ein gewisser sozialer Fortschritt kann und soll nicht bestritten werden. Daß er möglich gewesen ist, liegt aber in erster Linie am Fleiß der Arbeitnehmer, die besonders nach dem Zusammenbruch Europas geleistet haben. Ohne diesen Fleiß wären wir heute nicht so weit.

Geht es uns aber wirklich so gut, wie Herr Dr. Claussen es darstellen versucht? Gehört zum Lebensstandard nicht auch die familiengeeichte Wohnung und hat er bei den europäischen Ländern, bei allen, nicht nur bei denen, die in seinen Vergleich hereinpasse, Untersuchungen angestellt? Fest steht, daß die Mieten und vor allem die Grundstückspreise für den sozialen Wohnungsbau von 1950 bis heute mehr als verdoppelt worden sind. Es ist leicht zu behaupten, die Verbraucherausgaben haben sich mehr als verdoppelt. Die Ursachen untersucht Dr. Claussen nicht. Wer gesunden Mahrheit hätte gehört, auch die Preissteigerungen für lebensnotwendige Dinge in Prozenten anzugeben. Daß die Mark in ihrem inneren Wert vor

Jahr zu Jahr absinkt, steigert den nominalen Umsatz und damit den Verbrauchprozentsatz. Zur Wahrheit gehört auch, daß Abertausende von Brautleuten, die früher ihre Ersparnisse zur Anschaffung der Wohnungseinrichtung verwandt haben, diese jetzt für Mietvorauszahlungen und verlorenere Zuschüsse verwenden müssen, um eine Wohnung, in der dann die Möbel auf Raten stehen, zu erhalten.

Wenn wir vom Einkommen der breiten Schichten, der Verbraucher reden, dann schwanken die Zahlen sicherlich vom Waldarbeiter bis zum hochqualifizierten Industriearbeiter erheblich. Aufklärung über diese Unterschiede gibt uns die Rentenversicherung, weil die Renten individuell vom erzielten Arbeitseinkommen des Versicherten berechnet werden. Es erhalten nach dem neuesten Stand monatlich eine durchschnittliche Rente:

			Dh
* aus der Rentenversicherung der Arbeiter	5.329.000	Versicherte	204,50
* aus der Rentenversicherung der Angest.	1.092.000	"	338,00
* aus der knappschaftl. Rentenversicherung	407.000	"	373,60
* Die durchschnittlichen Renten für:			
* Arbeiter-Witwen	1.910.000	"	155,70
* Angestellten-Witwen	759.000	"	227,70
* Bergmanns-Witwen	288.000	"	243,20

Das sind Durchschnittsrenten für 7.739.000 Rentenempfänger

Herr Dr. Claussen ist mit seinem Ressortminister der Meinung, daß diese Rentenempfänger nach einem arbeitsreichen Leben in die Kostenteiligung beim Arzt - durch einen Sonderbeitrag von 2 Prozent - in der Apotheke und bei stationärer Krankenhausbehandlung genommen werden sollten. Die gesundheitspolitischen Gefahren durch eine Nichtbehandlung von Krankheiten aus wirtschaftlich berechtigter Überlegung wegen der Kostenteiligung werden überschätzt.

Den Einwand, daß Familien besonders hart getroffen sind, versucht Dr. Claussen dadurch zu entkräften, daß die verheirateten Versicherten die gleichen Beiträge wie die Ledigen zahlen. Die Begründung klingt doch stark. Im Normalfalle heiratet der Ledige einmal und kommt damit praktisch in die Gruppe der Betroffenen. Daß für nahezu 8 Millionen Rentenempfänger und für 18 Millionen Arbeitnehmer, die das Glück haben, krankenversichert zu bleiben, wenn sie unter die Versicherungspflichtgrenze fallen, Einzelkonten zur Abrechnung des zweiprozentigen Sonderbeitrages für die ärztliche Behandlung geführt werden müssen, wird bagatelisiert. Es kommt aber nicht nur auf die Verwaltungskosten bei den Krankenkassen an. Es kommt auf den Mehrbedarf an Maschinen, an Büro- und Lagerraum für Karteiklöcher - 4 Stück pro 1.000 Versicherte - und nicht zuletzt auf den Mehrbedarf an Arbeitskräften, die nicht oder nur schwer zu haben sind, an.

Das Gesetz zur Neuregelung der gesetzlichen Krankenversicherung aus dem Sozialpaket ist nicht durchdacht, ist unausgegrenzt, ist gesundheitspolitisch gefährlich und bleibt familienfeindlich. Das Mißtrauen gegen die Arbeitnehmer wird auch nicht dadurch ausgeräumt, daß im Lohnfortzahlungsgesetz die Lohnfortzahlung auf arbeitsrechtlicher Grundlage für 6 Wochen für die Arbeiter erfolgen soll. Der verlässliche ärztliche Dienst in Arbeitgeberhand, so wie es in diesem Gesetz vorgesehen ist, kann die Zweifel an dieser Einrichtung nicht wegweisen. Dazu läßt sich noch viel in Zukunft sagen.